GROSS=BERLINER C.V.=Post

Nr. 3 7. II. 26

Nachrichtendienst des Verbandes Groß-Berliner Ortsgruppen des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens e. V.

Unsere Stadtväter über den Judenhaß in Groß=Berlin

Führer der großen Parteien antworten auf eine Rundfrage der „C.V.=Post."

Zur Einführung

Von Dr. Bruno Glaserfeld.

Nachdem seit November 1918 der innerpolitische Burgfrieden der Kriegszeit einem heißen politischen Ringen in unserem Vaterlande Platz gemacht hat, haben die unentwegtesten Gegner des neuen Staates keine Stunde vorübergehen lassen, um dem Volke klarzumachen, daß die Juden seit neunzehnhundertsechsundzwanzig Jahren die Ursache allen Elends seien: sie sind die Väter der Revolution, sie sind die Drahtzieher des Versailler Friedensvertrages, sie haben die fürchterliche Inflation verschuldet! Leider hat das deutsche Volk diesen törichten Worten während der letzten Jahre öfters ein zu williges Ohr geliehen und es gelang den Volksverführern, den Judenhaß aufs äußerste anzustacheln. So fiel unser Rathenau, der in prophetischer Gabe den politischen Weg vorgezeichnet hatte, den Deutschland in der Tat gegangen ist: das ganze Volk hatte in Genua seinen Worten beifällig gelauscht, aber den halbwüchsigen, unreifen „deutschen Helden" war er nur der verhaßte Jude, der fallen mußte. Immer höher schlugen die antisemitischen Wellen: die Reichstagswahlen am 4. Mai 1924 brachten mehrere Dutzend reiner Antisemiten in den Wallotbau.

Die Stabilisierung der Mark, die seit Unterzeichnung des Dawes-Abkommens gefestigte äußere Politik, die Gründung des Reichsbanners, das Einschreiten der staatlichen Polizei ließen den Antisemitismus der Straße abflauen.

Aber man glaube nicht, daß unsere Gegner nach ihren verschiedenen Mißerfolgen und nach der Absage, die das deutsche Volk bei der Reichstagswahl Dezember 1924 ihnen erteilt hat, in der Verbreitung des Judenhasses nachlassen.

In Wort und Schrift versuchen sie ihre Unwahrheiten, ihre hetzerischen Verleumdungen in alle möglichen Kreise des deutschen Volkes hineinzubringen und das antisemitische Gefühl in die Gemüter aller derjenigen, die von der jetzigen Wirtschaftsnot betroffen sind, zu senken.

Wir deutschen Juden sind auf der Wacht. In diesem stillen Kampf stehen wir ebenso unseren Mann, wie in der offenen politischen Schlacht. Und so wird es den völkischen Organisationen in Groß=Berlin und ihren Mitläufern nicht gelingen, die gewaltige Wirtschaftsnot dieses Winters zu parteipolitischen Geschäften zu mißbrauchen, wenn wir im C.V. auf dem Posten sind.

Um zu erforschen, ob diese unsere Anschauung von den im Mittelpunkt des kommunalpolitischen Lebens unserer Reichshauptstadt stehenden Persönlichkeiten geteilt wird, hat die Schriftleitung der „C.V.=Post" Groß=Berliner Stadtverordneten folgende zwei Fragen vorgelegt:

1. **Wie beurteilen Sie das deutschvölkische Treiben in der Reichshauptstadt?**
2. **Inwieweit konnte in Wahrung des Ansehens der Reichshauptstadt einem fortgesetzten hetzerischen Treiben dieser Kreise durch die Stadt wirksam entgegengetreten werden?**

Aus der Fülle der eingegangenen Antworten können wir des Raummangels wegen nur einige veröffentlichen.

Der C.V. als unersetzliche Organisation im Kampfe gegen den Judenhaß

Von Lehrer Hans Woywod, Stadtv. der SPD.

Das deutschvölkische Treiben in der Reichshauptstadt äußert sich hemmungsloser und gewalttätiger als in der Provinz. Dort — abgesehen von den bekannten Brennpunkten der antisemitischen Hetze, wie München und einigen Orten Ostelbiens — ist es fast ausnahmslos möglich, ruhig angehörte kritische Ausführungen zu völkischen Referaten zu machen: hier kennt ja einer den andern, also sind auch die wenigen jüdischen Volksgenossen, die in den Provinzstädten wohnen, der Umwelt in ihrer Wesensart und Lebensweise bekannt, so daß vielleicht ein Gefühl der Beschämung bei dem nicht von vornherein verhetzten Teil der Zuhörer einer völkischen Versammlung dem Gegenredner den Resonanzboden bereitet. — Ganz anders in der Großstadt! Hier ist man in völkischen Versammlungen hübsch unter sich, und die wenigen Andersdenkenden, die etwa im Gedränge des Wahlkampfes oder durch Schlepper in derartige Veranstaltungen geraten, sind durch das Trommelfeuer der antisemitischen Schlag- und Hetzworte von den anfeuernden Schlag- aus der Anhängerschaft des Redners derart betäubt, daß sie stillschweigend die hanebüchensten Lügen anhören, ohne zu widersprechen. Das bekäme ihnen auch meist schlecht: ich habe hochelegant gekleidete Damen mit Schirmen auf einzelne Gegner losgehen sehen, die Widerspruch gegen die Ausführungen eines ihrer „arischen" Halbgötter wagten — — natürlich nur in Versammlungen, in denen das erdrückende Uebergewicht auf ihrer Seite war. — Ich wurde in einer von etwa 1500 Menschen besuchten Versammlung regelrecht niedergebrüllt, als ich mit ruhigen, maßvollen Worten gegen die unsäglich verhetzenden Ausführungen eines antisemitischen Pastors Stellung nahm, **und wurde vor tätlichen Angriffen nur durch das Eingreifen einiger beherzter Männer aus der Versammlung geschützt**, die mich von meiner politischen und sozialen Tätigkeit her kannten. — Etwas ruhiger ist es ja in der letzten Zeit in derartigen Versammlungen geworden; denn die abstoßenden Roheitsszenen, die so oft den Abschluß bildeten, haben vernünftig denkende Zuhörer hinausgeekelt, so daß man noch mehr unter sich ist. Der Reichstagsabgeordnete

Henning bedauerte ja selbst neulich in einer Versammlung in Steglitz, daß Gegner der Völkischen sich grundsätzlich nicht mehr einfinden! —

Es ist jedoch unzweifelhaft, daß dieser Winter des Mißvergnügens die Giftsaat jener Volksverhetzer erneut üppig ins Kraut schießen läßt; man lese nur die Versammlungskalender völkischer Blätter: da ist kein Abend in der Woche frei, kein Stadtteil wird vernachlässigt, und das Thema lautet in Variationen „Enteignung der Fürsten oder der internationalen Schieber?", „Arbeitslosigkeit und ausbeutendes Raffertum" usw. — Auftakt zu dieser Kakophonie des Antisemitismus sind die wieder häufiger werdenden Ausschreitungen des völkischen Mobs in und vor gewissen Lokalen des Westens. — Auf der Straßen-, Untergrund- und Stadtbahn äußert sich das antisemitische Treiben nicht so explosiv, nimmt jedoch mitunter Formen an, die dem anständig Gesinnten — gleichviel, ob Jude oder Christ — die Schamröte ins Gesicht treiben. Kürzlich fuhr eine vielbeschäftigte Aerztin mit einer älteren, fußleidenden Dame auf der Straßenbahn. Beide hatten Stehplatz. Da erhob sich vor ihnen eine Dame von ihrem Sitzplatz, um den Wagen zu verlassen und zog mit langgestrecktem Arm ein ihr völlig fremdes, kräftiges junges Mädel auf ihren Platz. Das junge Ding war ganz verdutzt, setzte sich aber dann auf den ihr so nachdrücklich übereigneten Sitzplatz; die übrigen Wageninsassen blickten nicht weniger erstaunt, bis ein Herr aufstand und der Leidenden seinen Platz anbot. Die Aerztin und ihre fußkranke Begleiterin sind deutsche Jüdinnen; die Dame, die ihnen den Platz vorenthielt, beabsichtigte augenscheinlich eine antisemitische Demonstration, denn das junge Mädchen erweckte in ihrer Blondheit bei ihr wohl den Eindruck der „Reinrassigkeit". Der Herr, der beiden die erfrischende Lektion erteilte, machte übrigens dem Aeußeren nach den Eindruck eines Nichtjuden. — Derartige beschämende Erlebnisse sind leider nicht vereinzelt; erfreulich ist aber die Feststellung der Beobachtung, daß ebenso wie bei den Exzessen des nationalistischen Pöbels in öffentlichen Lokalen und auf der Straße, auch auf der Straßen-, Untergrundbahn usw. sich meist Besonnene finden, die energisch und mit Erfolg den Ausschreitungen entgegentreten. Ein derartiges Auftreten verfehlt denn auch selten den Eindruck auf die untätigen „Unbeteiligten" und trägt viel zur Aufklärung und Reinigung der getrübten Atmosphäre bei. Alles in allem, ein trübes Bild, diese von gewissenlosen Hetzern künstlich geschaffene Entfremdung zwischen Bürgern einer großen Stadt, die nichts trennt als eine verschiedene Glaubensauffassung, und die so vieles einen sollte! — Es muß jedoch zur Steuer der Wahrheit anerkannt werden, daß auch in unseren Mauern die Zahl derer in der überwiegenden Mehrzahl ist, die den Antisemitismus in jeglicher Form ablehnen. Und wie viele Zeitgenossen nehmen gedankenlos Schlagworte auf und geben sie weiter! Segensreich hat an der Beseitigung des „Unverstandes der Massen" auf diesem Gebiete die große Organisation des C.V. gewirkt, durch Aufklärung in Wort und Schrift; aber auch durch Schulung ihrer Mitglieder, denen sie in unermüdlicher Arbeit die geistigen Waffen für den Kampf um Wahrheit gegen antisemitische Lügengewebe bereitete und vor allem dadurch, daß sie stets, gestützt auf die Tatbereitschaft ihrer großen Mitgliederzahl, sich vor die Bedrängten schützend gestellt hat. Unzweifelhaft sähe es ohne diese opfervolle, nimmermüde Tätigkeit der Männer und Frauen, die täglich in der „Drecklinie" im Kampfe stehen, noch trüber aus, als geschildert wurde. Und wenn die häßlichsten Erscheinungsformen des Antisemitismus in den letzten Monaten zurückgedrängt wurden, so ist es nicht zuletzt diesem tatkräftigen Wirken zu verdanken. —

Wie akut jedoch die Gefahr eines neuerlichen Durchbruches der „völkischen Bewegung" in diesem krisenschwangeren Winter ist, das versuchte ich im Laufe meiner Ausführungen aufzuzeigen, das zeigt jede Zeile der hoffnunggeschwellten völkischen Zeitungen, und die Auslassungen ihrer Führer lassen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig; darum wäre Vertrauensseligkeit gerade jetzt unheilvoll und — Bereitschaft ist das Gebot der Stunde. —

Mieter Kunze — Hausbesitzer Kunze

Von Stadtrat A. Flieth (DDP.).

Schlimmer als die wirtschaftliche Notlage unseres Volkes ist die durch sie verursachte und begünstigte Verhetzung der einzelnen Bevölkerungsschichten durch gewissenlose Agitatoren, denen jedes Mittel recht ist, aus Ehrgeiz oder Profitsucht zu einer Führerrolle zu gelangen. **Geradezu erschreckend gestaltet sich diese Hetze gegen unsere jüdische Bevölkerung in der Gegenwart.** Noch heute versuchen die rechtsgerichteten Kreise unsere jüdischen Mitbürger zu verdächtigen, daß Deutschlands Niederlage den politischen Einflüssen der Juden und eine rücksichtslose Ausbeutung des Volkes den jüdischen Kriegsgewinnlern und den hohen Zinssätzen der Banken zuzuschreiben sei. **Diese geradezu trostlosen, weil ungerechtfertigten Angriffe sind heute in ihrer verheerenden Wirkung mit größerer Aufmerksamkeit zu verfolgen als in der ruhigen, sicheren Wirtschaftslage Deutschlands zu Stöckers und Ahlwardts Zeiten.**

Ein charakteristisches Kennzeichen dieser Verschlechterung eines gerechten und sozial eingestellten Volkswillens bietet das Ergebnis der letzten Stadtverordnetenwahl am 25. Oktober v. J. Die Zahl der Anhänger der Deutschsozialen Partei hat sich seit der letzten Wahl am 16. Oktober 1921 von 12 280 auf 29 786, also von 7 auf 13 Proz. der Gesamtwählerschaft erhöht; der Zuwachs an Stimmen macht also 94 Proz. gegenüber der Wahl 1921 aus.

Nun trat die Deutschvölkische Freiheitspartei mit einer Stimmenzahl von 28 880 Stimmen in die Erscheinung; sie hat das verbesserte Wahlergebnis der Deutschsozialen noch um 5000 Stimmen überholt und entsendet wie die Kunzepartei jetzt 3 Vertreter in das Stadtparlament.

Von den 6 Vertretern dieser Körperschaften haben bisher nur zwei das Wort verlangt. Der Stadtverordnete Danicke hat erst kürzlich in seinen Angriffen gegen einen Berliner Arzt dargetan, auf welchem tiefen Niveau sich die Ausführungen eines Vertreters deutschsozialer Anschauungen bewegen können, wenn man nicht den Anreiz der Lachmuskeln inmitten ernster Arbeit als Erfolg solcher Tiraden buchen will. Richard Kunze, der geistige Führer seiner Dreimännerpartei, hat sich durch Reden bemerkbar gemacht, die sich, von einigen antisemitischen Floskeln abgesehen, in nichts von den kommunistischen Scharfmachereien unterscheiden. Kunze, ein ehemaliges Mitglied des „Freisinnigen" Volksvereins von Schöneberg, der so oft betonte, daß er von Kindesbeinen an in freisinniger Gesinnung erzogen worden sei, ist bei verschiedenen Landtagswahlen als freisinniger Wahlmann aufgestellt worden. Bei einer Stadtverordnetenwahl stellte er sich als „Mieter-Kunze" den Wählern vor und versprach, besonders die Interessen der Mieter gegen die Hauswirte und Terrainspekulanten zu vertreten. Das hinderte ihn jedoch nicht, gleich nach der Wahl sich der Hausbesitzerfraktion anzuschließen, und nachdem er selbst ein Grundstück erworben hatte, wurde er sogar Vorstandsmitglied des Haus- und Grundbesitzervereins und vertrat in der Stadtverordnetenversammlung die Schaffung eines Hausbesitzerprivilegs. Nachdem er noch 1907 für die Kandidatur Fischbecks in Liegnitz gewirkt hatte, übernahm er das Generalsekretariat der konservativen Partei in Sachsen. Dieser kurze Hinweis mag genügen, den Mann zu kennzeichnen, dessen antisemitische Giftmischerei so unsäglichen Schaden anzurichten imstande ist.

Wie die Tätigkeit dieser Gruppe zu werten ist, zeigt ein Antrag, in dem sie verlangte, den Beamten der Gruppen 1 bis 7 eine Teuerungsbeihilfe von 50 Mk. zu zahlen, trotzdem Herr Kunze als Abgeordneter wohl wußte, daß die im Reichstag gefaßten Beschlüsse automatisch die Beschlußfassung der städtischen Körperschaften beeinflussen mußten, so daß der Antrag in dieser Form im Rahmen der nun einmal geltenden gesetzlichen Bestimmungen gar nicht anzunehmen war. Die Aufklärung der Beamten, daß ihre Notlage so nicht zu bessern sei, überließ er lieber den anderen Parteien, um sich als Retter der Bedrängten aufspielen zu können; seine Ausführungen waren dabei um so bedauerlicher, als er sich bemühte, einen Teil der Beamtenschaft gegen den anderen auszuspielen, während eine Besserung nur zu erreichen ist, wenn alle Gruppen den Zusammenhalt anstreben.

Solchem Treiben gegenüber sind die städtischen Behörden machtlos; möglich, daß die Stadtverordnetenversammlung sich durch Verbesserung ihrer Geschäftsordnung gegen antisemitische Uebergriffe erfolgreicher zu schützen weiß. Hauptsache bleibt, daß sich die besonnene Bürgerschaft zur Bekämpfung dieser „Schande auch unseres Jahrhunderts" aufrafft und durch Aufklärung in Wort und Schrift dazu beiträgt, den Klassen- und Rassenkampf endgültig zu beseitigen.

Ich hoffe von der Gesundung . . .

Von Stadtv. Prof. O. Nordmann (DDP.).

Das deutschvölkische Treiben hat in der Reichshauptstadt den Höhepunkt überschritten und ist im Abflauen. Von einer politischen irgendwie erfolgreichen Tätigkeit der Partei im Stadtparlament kann gar keine Rede sein. Die Stadt selber kann gegen die Methoden der Partei nichts tun. Ich hoffe von der Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse und der Heilung der Kriegspsychose, daß auch der politische Kampf in absehbarer Zeit in anständigen Formen geführt wird und der Klassen- und Rassenhaß, die gesellschaftliche Achtung, die Verleumdung des politischen Gegners und was sich sonst noch an Unkultur in der Politik zeigt, überwunden wird.

Das beste Mittel wäre: Zwang zur Beweisführung

Von Stadtv. Max Hake (Wirtschaftspartei).

In Verfolg Ihrer gefl. Zuschrift vom 15. d. M. teile ich Ihnen ergebenst mit, daß meiner Ansicht nach das deutschvölkische Treiben in Berlin als überwunden anzusehen ist. Wenn man das Gebaren des Herrn Kunze und Genossen betrachtet, so muß jeder anständig denkende Mensch sich davon abgestoßen fühlen und die Schaumschlägereien dieser Konsorten möglichst weit sich vom Leibe halten. Im Stadtparlament selbst hat meines Erachtens nach dieser Herr mit seinem kleinen Anhang stets nur Lächerlichkeit erregt und wird von niemandem ernst genommen. Da es nun leider einmal so liegt, daß derjenige, der am meisten schimpft, auch Anhänger hat, so ist Ihre Vermutung richtig, daß die augenblickliche Arbeitslosigkeit und schlechte wirtschaftliche Lage von diesen Herrschaften als Sprungbrett benutzt wird, jedoch möchte ich behaupten, daß es in Berlin und auch sonst sehr wenige Personen gibt, die sich durch die Tiraden der Deutschvölkischen einfangen lassen. **Wirksam entgegenzutreten wäre diesem schamlosen Treiben meines Erachtens, wenn es gelingen würde, diese Herrschaften zur Beweisführung ihrer Behauptungen zu zwingen.** Auch ließe sich sehr gut nachweisen, daß unter den in Konkurs geratenen Firmen und die damit verbundenen Geldverluste sich sehr viele jüdische Mitbürger befinden.

Wer die Jugend vergiftet, ist ein Verbrecher

Von Stadtv. Dr. Siegfried Kawerau (SPD.).

Die Betriebsamkeit der deutschvölkischen Bewegung ist zurzeit gesteigert. Es handelt sich um krampfhafte Zuckungen, die für die Welt der Erwachsenen kaum Anlaß zu besonderer Besorgnis bieten. Gefährlicher sind die leider häufig erfolgreichen Versuche, auf die Jugend Einfluß zu gewinnen. Wer Haß gegen Menschen anstatt freudigen Kampfeswillens gegen Mißstände und finstere Gewalten in die Jugend sät, ist ein Verbrecher.

Die wirksamste Bekämpfung solcher Krankheitssymptome am sozialen Körper ist höchste soziale Pflichterfüllung aller Einsichtigen. Und das heißt weiter: Selbstbescheidung auf die notwendigsten Bedürfnisse, Abgabe aller entbehrlichen Mittel für die ungeheure Not; Vermeidung aller Personalentlassung selbst unter Opfern. Nur unter diesen Voraussetzungen kann auch die Kommune Groß-Berlin erfolgreich arbeiten. Produktive Erwerbslosenfürsorge ist hier das Kernproblem. Dazu muß kommen: Großzügige Kulturpolitik für Erwachsene und für die Jugend: (z. B. Offenhaltung der Städtischen Büchereien, planmäßige Versorgung der Bevölkerung mit guter Lektüre, Sammlung und Beaufsichtigung der schulfreien Jugend an den Nachmittagen in geheizten Räumen, Unterstützung aller Art von Körperpflege). Oeffentliche Speisungen (mit Unterstützung aller derer, die noch etwas abzugeben haben,) sind im Augenblick die notwendigste vorläufige Hilfe.

Nur wenn auf diese Weise der soziale Boden vor Versumpfung geschützt wird, werden auch die Sumpfpflanzen absterben.

Der C.V. ist die Gewerkschaft der deutschen Juden. Ihr muß jeder deutsche Jude angehören, der nicht sich selbst verneinen will. Er muß ihr angehören „mit ganzem Herzen und mit ganzer Seele". Wer sich so um unsere Fahne schart, wird auch den noch Außenstehenden das Bewußtsein beibringen, daß sie sich gegen sich selbst versündigen, wenn sie sich nicht zu uns bekennen. Jeder, der von diesem Geiste erfüllt ist, wird ohne weiteres unser Werber. Sei jeder dieser Pflicht sich bewußt.

Justizrat Dr. Julius Brodnitz,
1. Vorsitzender des Central-Vereins.

Und fragt gar nicht warum . . .

Von Stadtv. Adolf Hoffmann (SPD.).

Man schreit: „der Jude wird verbrannt!"
Und fragt gar nicht, „warum?"
Im freien deutschen „Denker"-Land
Ist das nicht mehr wie dumm?

Staatsbürgerliche Gesinnung in Behörden und Schulen

Von Stadtv. Hugo Sommer (DDP.).

Jede Förderung des Rassen- und Klassenhasses ist schon in ruhigen und sicheren Zeiten zu verwerfen; **in der Zeit der großen Not des deutschen Volkes ist die Aufpeitschung der Masseninstinkte ein Verbrechen.**

Zur Abwehr des gemeinschädlichen Treibens haben sich gesetzliche Verbote als unzulängliche Mittel erwiesen; sie haben in der Regel den Widerstand verstärkt und zu gefährlicher Geheimbündelei geführt. Notwendig ist eine gesunde staatsbürgerliche Gesinnung, die von den Behörden, Schulen und Erziehungseinrichtungen planmäßig geweckt und gepflegt werden muß; insbesondere die heranwachsende Jugend muß zu staatsbürgerlicher Gesinnung — die jede Verhetzung an sich ausschließt — erzogen werden.

Energische Bekämpfung der Not!

Von Stadtv. Dr. Siegfried Weinberg, Mitglied des Staatsrats (SPD.).

Die deutschvölkischen Demagogen haben in der Berliner Stadtverordnetenversammlung noch niemals irgendwelche Beachtung gefunden. Die Wortmeldung eines dieser Apostel der Dummheit bildet stets ein Signal für eine allgemeine Flucht aus dem Sitzungssaal. Nur die furchtbare Not, die nicht nur im Proletariat, sondern auch in weiten Kreisen des früheren Mittelstandes herrscht, und die sittliche Verwilderung durch den Krieg waren imstande, die Denkfähigkeit eines Teils der Bevölkerung so völlig auszuschalten, daß derselbe sein Heil bei Menschen vom Schlage Richard Kunzes suchte. **Das Ende der allgemeinen Not wird auch das Ende der deutschvölkischen Bewegung bedeuten.**

Die Stadt kann m. E. am wirksamsten dem hetzerischen Treiben der Deutschvölkischen entgegentreten, durch energische Bekämpfung der Not, insbesondere der Arbeitslosigkeit. Daneben müßten die städtischen Behörden selbstverständlich in ihrem Bereich unerbittlich gegen alle judenfeindlichen Uebergriffe vorgehen. Für besonders wichtig halte ich die Bekämpfung des deutschvölkischen Ungeistes, der sich noch immer in einem Teil unserer Schulen breit macht.

Das beste Kampfmittel ist die Aufklärung

Von Stadtv. Redakteur M. Kayser (SPD.).

Der Judenhaß, den die Völkischen predigen, ist ein Atavismus. Was im Mittelalter verständlich, wenn auch nicht berechtigt war, ist heute sinnlos. Bei der geistigen Verfassung der Völkischen wäre es aber auch Unrecht, von ihnen zu verlangen, daß sie ihr Treiben logisch begründen. Es ist bekannt, daß nach dem Dreißigjährigen Kriege Banden von Landsknechten, die durch den Friedensschluß erwerbslos geworden waren, das Land durchzogen, um auf eigene Faust den Krieg fortzusetzen. Mit jenen Elementen sind unsere Deutschvölkischen am ehesten zu vergleichen, wenn sie auch ihr Treiben selbstverständlich den modernen Verhältnissen angepaßt haben.

Den modernen Zeitläuften entsprechend muß auch der Kampf gegen diese asozialen Zeitgenossen geführt werden. Sie bilden, wenn sie auch viel Lärm verursachen, doch nur eine kleine Minderheit in der Bevölkerung und man muß es vermeiden, ihnen durch übertriebene Beachtung eine größere Bedeutung zu geben, als ihnen zukommt, oder ihnen sogar durch besondere gesetzgeberische Maßnahmen Märtyrerkronen zu winden. **Von Polizei und Justiz muß allerdings verlangt werden, daß sie deutschvölkischen Exzessen gegenüber in unparteiischer Weise ihre Pflicht erfüllen.** Leider ist es, wie so viele Beispiele beweisen, auf diesem Gebiet nicht zum besten bestellt. Deshalb ist auch der republikanische Selbstschutz, wie wir ihn im Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold" haben, notwendig und zurzeit noch nicht entbehrlich. Dem völkischen Uebermut wird ein heilsamer Dämpfer aufgesetzt durch die Tatsache, daß organisierte Kräfte vorhanden sind, die sie mit ihren eigenen Waffen schlagen. Das Reichsbanner ist eine Schutz- und Abwehrorganisation. Es soll nicht provozieren, aber Provokationen gegebenenfalls mit gebührender Deutlichkeit zurückweisen.

Das beste Kampfmittel gegen das gemeinschädliche Treiben der Völkischen aber ist die Aufklärung. Das geistige Rüstzeug hat sich auf die Dauer noch immer als stärker erwiesen als die rohe Gewalt.

Aber auch das soziale Moment darf nicht außer acht gelassen werden. Die arbeitende Bevölkerung leidet furchtbar unter den Folgen des Krieges. Die Massenarbeitslosigkeit ist eine Geißel, unter deren Schlägen sich leicht gesunde Vernunft und ruhige Ueberlegung verflüchtigen. Sie ist der beste Zutreiber für die extremen Parteien. Wenn es auch über die Kraft des einzelnen geht, diese böse Kriegsfolge zu beseitigen, so sollte doch jeder nach seinen Kräften dahin wirken, daß nicht die allgemeine Not durch besondere Härten verschärft wird.

Die deutschvölkische Bewegung ist eines der Geschwüre am Volkskörper, welche die Nachkriegszeit hervorgebracht hat. Sie wird mit der wirtschaftlichen Wiedergesundung des Volkes verschwinden.

Wissen Sie?...

Lieber Leser, liebe Leserin, wissen Sie, was eine *unleserliche Unterschrift* bedeutet? Wenn wir von irgendeinem Mitglied eine Neuanmeldung bekommen, und es kann weder die Adresse des neuangemeldeten Mitgliedes noch die des Anmeldenden genau gelesen werden! So bleibt nichts anderes übrig, als aus dem Poststempel, dem Adreßbuche, dem Telephonverzeichnis und sonstigen Anhaltspunkten festzustellen, wer ungefähr gemeint sein könnte. Mit einer solchen unleserlichen Unterschrift können drei Beamte zwei Stunden lang beschäftigt werden.

Lieber Leser, liebe Leserin, wissen Sie, was es bedeutet, wenn Sie *Ihre Wohnung ändern* und uns die neue Adresse nicht mitteilen? Sie bekommen alle Sendungen an Ihre alte Adresse, und wir erhalten sie als unbestellbar zurück. Sie sind ärgerlich, daß Sie keine Einladungen mehr erhalten, und wir müssen an ortsansässige Mitglieder schreiben, um zu erfahren, wo Sie wohnen.

Lieber Leser, liebe Leserin, wissen Sie, was die *Nichtbeantwortung eines Briefes* oder die Aufschiebung einer Antwort bedeutet? Wir können niemals wissen, ob eine Anfrage, die wir an ein Mitglied richten und die nicht umgehend mindestens durch eine Empfangsbestätigung beantwortet wird, angekommen ist; es bleibt uns nichts anderes übrig, als die Anfrage erneut herausgehen zu lassen, und wenn wir dann wieder keine Antwort bekommen, müssen wir mit der Möglichkeit rechnen, daß unsere Zuschrift in falsche Hände geraten ist. *Die Folge: Zeitversäumnis, Geldvergeudung, Unruhe...*

Lieber Leser, liebe Leserin, wissen Sie, was es bedeutet, *wenn Sie die C.V.-Zeitung beiseite legen*, ohne nachgesehen zu haben, wann die nächsten Versammlungen sind, um sich die Abende freizuhalten? Unsere führenden Männer und Frauen sprechen vor einer geringen Zahl von Hörern, und gerade Sie, die Sie der Arbeit des C.V. so großes Interesse entgegenbringen, versagen durch Unachtsamkeit.

Lieber Leser, liebe Leserin! Wissen Sie, was es bedeutet, wenn Sie die *C.V.-Zeitung nicht sorgfältig lesen*? Es bedeutet, daß Sie im Kampfe mit dem verleumderischen Judenhaß nicht mit genügendem Rüstzeug ausgestattet sind. Unsere deutschvölkischen Feinde lesen ihre Zeitung, Sie glauben, es nicht nötig zu haben.

Lieber Leser, liebe Leserin, machen Sie sich klar, was es bedeutet, wenn Sie Ihren *Kindern die Jugendbeilage der C.V.-Zeitung vorenthalten*? Ein bitteres Unrecht an Deutschtum und Judentum!

Lieber Leser, liebe Leserin, wissen Sie, was es bedeutet, die alten Nummern der C.V.-Zeitung zu *zerreißen oder beiseite zu werfen*, anstatt sie an christliche Freunde weiterzugeben? Wieviel Aufklärungsarbeit bleibt dadurch ungetan!

Lieber Leser, liebe Leserin, wissen Sie, was es bedeutet, wenn Sie unsere *Aufforderung wegen Zahlung des Mitgliedsbeitrages nicht beachten*? Wissen Sie, was es bedeutet, wenn Sie *Ihre Familien- und Geschäftsanzeigen nicht der C.V.-Zeitung übergeben*?

Wissen Sie, was es bedeutet, wenn Sie die Mitteilungen über *Firmen, die auf jüdische Kundschaft keinen Wert legen*, unbeachtet lassen? Wissen Sie, was es bedeutet, wenn Sie *Berichte über antisemitische Vorfälle verspätet* an uns gelangen lassen? Wissen Sie, was es bedeutet, wenn Sie die *aufklärenden Broschüren des Philoverlages* nicht an geeignete Stellen weitergeben?

Lieber Leser, liebe Leserin, wissen Sie, was es bedeutet, wenn Sie . . . ?

Doch genug für heute!

Marg. Fried.

Schriftleitung: Artur Schweriner
Herausgeber: Verband Groß-Berliner Ortsgruppen des Central-Vereins, Berlin SW 68.
Druck: Vereinsdruckerei, Berlin N 112.

Rätselecke.

Rösselsprung-Preisrätsel!

Wiederum wenden wir uns an unsere jungen und alten Freunde mit einem Rätsel, das zu lösen diesmal nicht so einfach sein wird. Der Rösselsprung ergibt *das zehnzeilige Gedicht eines Kämpfers* für die gerechte Sache des CV. Dadurch, daß unsere Redaktion nicht, wie im Dezember vorigen Jahres, mit Hunderten von Lösungen überschwemmt werden dürfte, wird der Philo-Verlag den Einsendern richtiger Lösungen eine der Leistung entsprechende *wertvolle Prämie* übersenden können.

Die Schriftleitung.

käm	gen	mit	knechts	tig	kam	ge	ste	hit	lam	brut
grün	schar	pfet	uns	um	lands	feit	dem	gen	drei	dolf
stets	V	ge	die	dem	rech	pfe	lers	pfe	mer	lu
bar	den	zum	dann	sich	ge	tut	re	in	a	um
C	mit	im	in	wirds	en	neu	gen	stets	gen	bet
leg	des	ganz	heil	vor	wie	pflicht	wärts	er	das	gen
mut	den	wärts	mer	und	vor	frecht	der	frit	zu	ge
stan	ll	wenn	wer	und	zu	gen	pfe	mer	ge	glei
für	leit	ber	voll	und	et	gut	schens	che	für	dem
chen	ihr	bet	nig	kunft	se	die	die	kam	ham	recht

Herr Generalkonsul Hirsch

schreibt dem Landesverband Groß-Berlin:

Jedes Mitglied

von Groß-Berlin muß pflichtgemäß dem C.-V.

ein neues Mitglied

zuführen! Auf diese Weise wird die Zahl der Mitglieder

verdoppelt.

Die Durchführung dieser Verpflichtung muß mit aller Energie betrieben werden.

*

Wir erwarten eine Neuanmeldung auf nebenstehendem Abschnitt.

Bitte ausschneiden, ausfüllen und, mit 5 Pfg. frankiert, einsenden.

Nur für Neuanmeldungen zu benutzen.

Anschrift: Landesverband Groß-Berlin des C.V.,
Berlin SW. 68
Lindenstraße 13

Ich melde als neues Mitglied an:

Name: ....

Stand: ....

Privatwohnung: ....
(evtl. Geschäftsadresse)

Unterschrift und Adresse des Anmeldenden: ....